

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 0,50 M., vierteljährlich 1,50 M., Die 11malige 37 mal breite Seite 2 M. Auf Familienausgaben, Einzeigen unter Stellen- u. Lohnvermittlung, 10malige 25 M., Besondere 25 M., Besondere 25 M. Druck- u. Anzeigen-Gebühr, Besondere 25 M., Besondere 25 M.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40. Druck u. Verlag von Neßky & Neßky in Dresden. Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Verantwortlich: Nachrichten Dresden. Verlagsnummer 25 241. Nur für Nachdruck: 20011.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schreibe werden nicht aufbewahrt.

## Sinken der französischen Hoffnungen.

### Entscheidende Rolle Amerikas?

London, 10. Aug. Der Berichterstatter der „Washington Gazette“ ist der Meinung, daß der Vorkämpfer Darvon möglicherweise die Hauptpersönlichkeit auf der Konferenz des Obersten Rates sein werde. Jedermann habe etwas Angst vor ihm. Frankreichs Politik gehe natürlich darauf aus, nichts zu tun, was ihm in den Augen Amerikas Schaden könne. Denn je mehr sich Frankreichs Politik von der Englands entfernt habe, um so mehr habe es versucht, an Amerika zu rücken. Niemand zweifle daran, daß die Ansicht des Vorkämpfers Darvon auf der Pariser Konferenz entscheidend für die Haltung Amerikas sein werde. Lloyd George habe den Vorteil auf seiner Seite, den Vertreter Amerikas anwesend zu sehen, der besondere Gelegenheiten gehabt habe, den britischen Standpunkt zu würdigen. Ein anderer ins Gewicht fallender Umstand sei, daß Lloyd George das gesamte britische Reich vertritt. Seine Stellung im Obersten Rate sei dadurch gestärkt. Man könne wohl sagen, daß Lloyd George alle seine Kräfte für die Pariser Konferenz mobilisiert habe. Wenn die französischen Vertreter nachgeben, so würden sie wahrscheinlich weggefegt werden, wenn das Parlament im Oktober zusammentrete. Nach Ansicht des Berichterstatters vergeblich würden sich jedoch die beiden Parteien den Ernst irgendeiner Bedrohung der Entente. Daher müßten, sollte es was es wolle, Ausgleichsmaßnahmen gemacht und durchgeführt werden. „Wall Wall and Globe“ schreibt in einem Spezialartikel: Wenn der Oberste Rat den Deutschen Vorschlag nur deshalb verweigern sollte, weil sie Deutsche sind, dann würde er damit einen neuen großen Konflikt heraufbeschwören. Die Selbstverpflichtung des polnischen Obersten Rates ist eine Bedrohung der alliierten Entente. Der polnische Oberste Rat darf nicht noch mit Gebietsverlusten in Oberschlesien geschärft werden, auf die die Polen kein Recht haben.

Genf, 10. August. Wie die „Times“ aus Paris meldet, hat am ersten Verhandlungstage des Alliierten-Rates der amerikanische Vertreter sich über die oberschlesische Frage dahin geäußert, daß Präsident Harding durch die Volksabstimmung den Anspruch Deutschlands auf das ungeteilte Industriegebiet für begründet ansehe.

### Die Wahrscheinlichkeit eines Kompromisses.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Genf, 10. August. Der „Temps“ meldet: In die Verhandlungen des ersten Tages trat auch der Vertreter Harding, der amerikanische Vorkämpfer in London, ein. Der Standpunkt in der oberschlesischen Frage nicht durchdringen könne, daß aber die Formel eines Kompromisses gesucht würde.

„Evening Standard“ zufolge ist man in amtlichen Kreisen in Paris und London überaus hoffnungsvoll, daß die Entente durch ein gerechtes Kompromiß bei der Teilung Oberschlesiens geehrt werden würde. Die französischen Vertreter im Obersten Rate hätten gewisse Rückschlüsse an den englischen Standpunkt gemacht. Man nehme an, daß die neue zweite Linie den Forderungen der Engländer, Italiener und Polen gerecht werde. Es sei jedoch noch nicht klar, ob Deutschland sich mit dieser Linie zufrieden geben werde. Dies sei aber wahrscheinlich, da sich diese zweite Linie dem Vorschlage der italienischen Sachverständigen näherte.

### Die italienische Unterstützung für England.

Rom, 10. Aug. Zur Konferenz des Obersten Rates schreibt die „Tribuna“: Die farbige Haltung der italienischen Sachverständigen erklärt sich daraus, daß sie so die Haltung der italienischen Abordnung zu unterstützen glaubte, die anfangs nicht recht wußte, auf welche Seite sie sich schlagen müsse. Heute sei jedoch klar, daß Italien den englischen Gesichtspunkt zu seinem eigenen machen würde, so daß sich nur zwei Möglichkeiten ergeben, entweder Frankreich gebe nach oder die Konferenz müsse, um den Mißspalt der Verfassung nicht zu vertiefen, verschoben werden. Es sei jedoch sehr wahrscheinlich, daß Frankreich nachgeben werde, jedoch nicht ohne deutlich zu erklären, daß es sich nicht als unterlegen betrachte. Es würde einen Beweis dafür erbringen, wenn es nach Erledigung der oberschlesischen Frage mit der Unterstützung von Belgien für eine Beibehaltung der Sanctionen einträte.

### Frankzösische Freundschaften für England.

Paris, 10. Aug. Die republikanische Zeitung „Bourgeois“ meint, die bange Frage, die „Daily Chronicle“ vor einigen Tagen aufwarf, ob die Entente in einer Woche noch bestehen werde, sei Bluff, also müsse Frankreich auch klaffen. Die Engländer kämpften mit großem Reichtum, mit der größeren Stärke und der größeren Fähigkeit, denen Frankreich ebenso gewichtige Gründe entgegenstellen müsse. Frankreich habe die einzige organisierte Armee und sei bereit, gegebenenfalls auf eigene Faust zu handeln. Die wirtschaftliche Krise Frankreichs sei lange nicht so schwer wie die Englands. Frankreich habe kein Irland und in seinen Protektoraten und Kolonien nicht die Sorgen, die England in Indien und Ägypten habe.

### Die Beratungen der Sachverständigen.

Paris, 9. Aug. Havad berichtet über den Verlauf der heutigen Nachmittags-Sitzung des Obersten Rates weiter: Zu Beginn des Abends seien die Arbeiten des Sachverständigen-Ausschusses schon weit vorgeschritten gewesen. Die angelegte Abend-Sitzung habe nicht stattgefunden. Dagegen würden die Sachverständigen morgen vormittag zu einer Sitzung zusammentreten, und zwar um 11 Uhr. Man glaubt, daß in dieser Sitzung schon über den Ausschlußentwurf beraten werden kann und daß der Oberste Rat in der Lage sein wird, ihn mit oder ohne Abänderung anzunehmen.

Genf, 10. August. Laut dem „Matin“ werden die Sachverständigen ihre neuen Berichte Freitag abend fertiggestellt haben. Die oberschlesische Frage wird am Sonnabend im Alliierten-Rat weiterberaten werden.

### Polnische Führer für Deutschland.

Berlin, 10. August. Wie dem „B. L.“ aus Obereschlesien gemeldet wird, haben einige polnische Führer im Namen eines großen Teiles der Bevölkerung des Kreises Tarnowitz an den Obersten Rat einen Protest geschrieben gegen die Aufteilung des Kreises Tarnowitz an Polen, der durch den Abbruch des Generala Dönniger weitergeleitet wurde. Dieser Schritt ist, wie das Blatt ausführt, um so bedeutungsvoller, als der Kreis Tarnowitz eine polnische Mehrheit von mehr als 10 000 Stimmen hat. Die Persönlichkeiten der Polen über die Aufteilung an Polen gründeten sich auf die Durchführung der beiden sogenannten Stanzlinien. Durch ein Herausheben des Kreises Tarnowitz würde der mit dem gesamten Industriegebiet durch Wasserleitungen, Eisenbahnen und Startromleitungen unüberwindlich verbundene Kreis seinem wirtschaftlichen Sinn ausgeliefert sein, um so mehr als eine direkte Eisenbahnverbindung mit Polen fehlt.

### Ein Gewerkschaftsvorschlag zur oberschlesischen Frage.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Brüssel, 10. Aug. Die „Volkszetter“, das Organ von Camille Huysmans, schreibt zu der oberschlesischen Frage im Obersten Rat folgendes: An beiden Seiten des Kanals herrscht wieder Harmonie, weil England und Frankreich angeblich noch einmal zur Übereinstimmung gekommen seien. Jetzt werden neue Umcinrichtungen abgewartet. Die ganze Welt weiß, daß von der sogenannten Entente cordiale nur einige traurige Spuren übrig geblieben sind. England ist nie der Freund der großen Militärischen auf dem Kontinent gewesen und wird dies auch niemals werden. In diesem Sinne muß man die angebliche Übereinstimmung zwischen Frankreich und England in der oberschlesischen Angelegenheit auch beurteilen. Was der Oberste Rat jetzt lösen soll, bietet eine solche Schwierigkeit, daß eine dauernde friedliche Lösung nicht gefunden werden kann. Alle Vorschläge der Sachverständigen behandeln dieses Problem vom rein nationalen und territorialen Standpunkt. Angeht diese Schwierigkeiten haben die Gewerkschaften in Oberschlesien mit Zustimmung der deutschen und der polnischen Arbeiterverbände den Plan vorgelegt, die Industriegebiete nicht zu trennen, sondern unter gemeinsamer deutsch-polnischer Verwaltung zu bringen, um dadurch auch ein wirtschaftliches Zusammenarbeiten zu ermöglichen.

### Polens Vorbereitungen zum Entscheidungskampf.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Breslau, 10. August. Vor einigen Tagen besichtigte General Haller die oberschlesischen Insurgenten-Regimenter und hielt Ansprachen an die Truppenteile, in denen er an die vorbildliche Treue der oberschlesischen Polen an ihr Vaterland, an die heldenmütigen Kämpfe der Insurgenten und das für ihre Führer zu Polen veroffenbarte Blut erinnerte und die Truppen ermahnte, sich zum letzten Entscheidungskampf bereitzuhalten, der zum schwersten Kampfe werden könnte. Diesmal würde die ganze polnische Armee hinter den Insurgenten stehen, und diesmal würden sie den erkämpften Boden nicht wieder aufzugeben brauchen.

### Polnischer Ueberfall bei Kosenberg.

Breslau, 10. August. In später Abendstunden drangen gestern bei Kosenberg harte polnische Vandalen über die Grenze. Deutsche Wache und Engländer stellten sich den Polen entgegen und trieben sie noch einem größeren Gefecht über die Grenze zurück. Die Engländer sollen dabei starke Verluste gehabt haben. Wie der „Berl. Vol.-Anz.“ meldet, ist in Sohrau in der letzten Nacht ein Deutscher von Polen erschossen worden. In Chwalowitz südlich von Rastatt haben die Polen drei Deutsche erschossen und zwei verwundet.

### Das Zusammenarbeiten der Franzosen mit Korsantys.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Opatow, 10. August. Zwischen dem in Paris befindlichen Korsantys und dem Hauptquartier der oberschlesischen Insurgenten in Sosnowice herrscht ein außerordentlich reger Verkehr. Das Hauptquartier erhält alle seine Direktiven von Korsantys und unterrichtet ihn genau über die Lage im Aufstandsgebiet. Es ist erwiesen, daß französische Kuriere der Internationalen Abstimmungskommission auch den Schriftwechsel zwischen Korsantys und Sosnowice vermitteln, damit unter keinen Umständen weitere die Polen belästigende Weisungen in die Hände der Deutschen fallen.

### Korsantys Beeinflussungsversuche.

Paris, 9. August. Korsantys ist vom „Excelsior“ über seinen Eindruck von der ersten Sitzung der Pariser Konferenz befragt worden und erklärte, er sei überzeugt, daß die in Paris beratenden Staatsmänner eine Entscheidung fällen würden, die dem Abstimmungsresultat Rechnung trage. Das Abstimmungsresultat habe leicht bewiesen, daß die Bevölkerung des Industriegebietes sich für Polen ausgesprochen habe. Eine polnische Regierung, die sich mit einem kleinen Aupfel des Industriegebietes begnügen würde, müßte in 24 Stunden verschwinden, denn jeder Völkervertrag hätte die Bedeutung Oberschlesiens für die Wirtschaftslage und für die auswärtigen Beziehungen Polens. Die Zuweisung des Dreiecks Kattowitz-Gleiwitz-Bentzen an Deutschland hätte kein anderes Ergebnis, als daß die Dual der Konstellation ewig andauern würde und daß die Gefahr eines Krieges zwischen Deutschland und Polen ständig werden müßte. Am Verlaufe seiner Erklärungen gab Korsantys auch zu, daß er binnen zwei Jahren 100 Millionen deutsche Mark für Propagandazwecke ausgeben bot. (Da.)

### Immer neue Steuerpläne.

Berlin, 10. August. Das Steuerdefizit, das in diesen Tagen von der Reichsregierung veröffentlicht wurde, bedeutet, wie das „B. L.“ mitteilt, keineswegs den völligen Absbruch der geplanten Steuerreform. Bisher unterliegen der Reichsregierung noch sehr weitgehende Pläne zur Bearbeitung. Diese sollen aber erst nach der Klärung der gesamten politischen und wirtschaftlichen Lage zum Abschluß gebracht werden. Darunter sei auch eine weitere Erleichterung des produktiven Kapitals in einer Form vorzuziehen, die man auch als eine Erfassung der Sachwerte ansprechen könne. Dieses Projekt beweise sich im Zusammenhang mit der laufenden Vermögenssteuer ungehörig in einer Richtung, wie sie früherzeit von verschiedenen Seiten anstelle des Reichsnotopfers vorgeschlagen wurde.

### Die Unterjochung des Falles Langevin.

Berlin, 10. August. Ueber den Zwischenfall im T-Bug Berlin-Norddeich ist nunmehr eine Reihe von Aussagen im Berliner Polizeipräsidium vernommen worden, die übereinstimmend auslagen, daß der französische Kapitän provozierend aufgetreten ist. Die Ostuna und das Vorgehen der Beamten, sowohl von der Eisenbahn wie von der Schutzpolizei, sei dagegen ganz ruhig und korrekt gewesen. Die Entfernung des Kranjoles aus dem Zuge sei in seinem eigenen Interesse gewesen, da es ohne Zweifel zu Unfällen gekommen wäre, wenn man nicht durch seine Entfernung aus dem Zuge weitere Auseinandersetzungen abgebrochen hätte.

### Sie neuen Lohnforderungen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Berlin, 10. August. Den Eisenbahnern sind die Forderungen mit neuen Gehältern und Lohnforderungen gestellt. In Betriebsräteverhandlungen der Berliner Betriebsstellen wurde gestern entsprechend der allgemeinen Forderung die Erhöhung der bisherigen Löhne um mindestens 35 bis 40 Prozent für spätestens 15. September gefordert.

### Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund über die Lohnerhöhungen.

Berlin, 10. August. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund erklärt einen Aufbruch, in dem er keine Mittelglieder und alle Arbeiter im Reich einfordert, bei den bevorstehenden Lohnverhandlungen einig und geschlossen in den Gewerkschaften zusammenzutreten. Die Gewerkschaften seien sich der Tatsache voll bewußt, daß die nunmehr leider notwendig gewordenen beträchtlichen Lohnerhöhungen auf neue Preissteigerungen wirken würden. Sie machten nur mit Widerstreben diesen angedauerten Kreislauf mit und würden mit verstärkter Kraft ihre Bemühungen fortsetzen, die weitere Entwicklung der Dinge so zu beeinflussen, daß man endlich aus dem verhängnisvollen Airtel herauskomme.

### Sozialistische Regierung und Beamtenfreiheit.

Braunschweig, 10. August. Die braunschweigische sozialistische Regierung beabsichtigt, die Braunschweigische Polizei und Gendarmerie von allen Beamten und Angehörigen zu säubern, die national und bürgerlich gesinnt, politisch aber neutralen Vereinigungen und Verbänden angehören, weil das braunschweigische Staatsministerium diese den Interessen des Bürgertums dienenden Organisationen für ungeeignet hält. Nach einer von allen Ministern unterzeichneten Verfügung sind alle der Braunschweigischen Polizei direkt unterstehenden Angehörigen und Hilfsbeamten, die einer solchen Organisation angehören oder für eine dieser Organisationen geworben oder sich sonst für sie betätigt haben, sofort zu entlassen. Den in gleicher Lage befindlichen schon entlassenen Beamten wurde anbefohlen, sofort ihren Austritt aus den Vereinen zu erklären, widrigenfalls sie gleichfalls zur Entlassung kämen. Sofort nach Bekanntgabe dieser Verfügung wurden gestern nachmittags 54 Schutzpolizisten wegen ihrer Zugehörigkeit zum Bund der Frontsoldaten „Stahlhelm“ entlassen, um für radikalen Elementen Platz zu machen, auf die sich die sozialistische Regierung in jeder Weise verlassen könne. Die Zeitung des „Stahlhelms“ hat gegen die Verfügung Beschwerde beim Reichsministerium des Innern eingeleitet, da das Reichsministerium verläßt hat, daß kein Beamter wegen seiner politischen Haltung in irgendeiner Form gemahregelt werde.

### Die russischen Hungerflüchtlinge.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Königsberg, 10. August. Nach Meldungen aus Rostow hat Estland die allgemeine Mobilisierung anacordnet, um die Grenze gegen Sowjetrußland militärisch zu sperren. Größere Truppen hunderter Russen überdellen seit etwa zehn Tagen zur Nordseite die estländische Grenze und nach Meldungen aus Petersburg sind ganze Armeen notleidender Russen auf dem Wege durch das frühere Gouvernement Pleskau.

### Die Cholera in Rußland.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Rotterdam, 10. August. Die „Morning Post“ meldet aus Neval: Auf dem im Hafen liegenden Postdampfschiff sind mehrere Erkrankungen von asiatischer Cholera eingetreten. Zwei Fälle verliefen tödlich. Die einmündige Regierung hat alle Sicherheitsmaßnahmen getroffen. — Die „Times“ meldet aus Warzau: Die Zahl der Cholera-Erkrankungen betrug bis Montag 121.

### Bayern und Sowjetregierung.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Berlin, 10. August. Die bairische Staatsregierung hat endgültig abgelehnt, die Ausweitung der russischen Regierungsmaßnahmen aus Bayern rückgängig zu machen. Infolgedessen hat Herr Kopp, der russische Sowjetvertreter in Berlin, eine neue dringliche Vorlesung seiner Regierung an dem Auswärtigen Amt überreicht.